

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1910**

326 (27.11.1910) 1. Blatt

# Karlsruher Zeitung

1. Blatt

Sonntag, 27. November

1. Blatt

№ 326

Expedition: Karl Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprechanschluß Nr. 154), woselbst auch Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M 50 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.  
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1910

Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung“ für den Monat

Dezember

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

## Amtlicher Teil.

Mit Entschließung Großh. Ministeriums des Innern vom 21. November d. J. wurde Aktuar Alexander Koch beim Bezirksamt Karlsruhe etatmäßig angestellt.

Mit Entschließung Großherzoglichen Oberschulrats vom 21. November 1910 wurde der bisherige Erste Lehrer (Oberlehrer) Johann Meiser an der Volksschule zu Singen a. S. zum Schulleiter daselbst mit der Amtsbezeichnung „Rektor“ ernannt.

Mit Entschließung Großherzoglichen Oberschulrats vom 21. November d. J. wurde der Erste Lehrer (Oberlehrer) Friedrich Thoma an der Volksschule in Emmendingen zum Schulleiter mit der Amtsbezeichnung „Rektor“ daselbst ernannt.

Die Zoll- und Steuerdirektion hat unterm 17. November den Buchhalter Joseph Keller in Tauberbischofsheim in gleicher Eigenschaft zum Hauptsteueramt Karlsruhe, unterm 18. November den Buchhalter Albert Vinnebach in Karlsruhe in gleicher Eigenschaft zum Hauptsteueramt Baden, unterm 21. November den Buchhalter Karl Güde in Mannheim in gleicher Eigenschaft zum Finanzamt Mosbach veretzt.

## Nicht-Amtlicher Teil.

### Das brasilianische Heer.

(Von unserem ständigen militärischen Mitarbeiter.)

Gutem Vernehmen nach ist die von Brasilien erbetene Entsendung deutscher Instruktionsoffiziere für das brasilianische Heer genehmigt worden. Unter diesen Umständen wird es interessieren, Näheres über die Wehrmacht Brasiliens zu erfahren.

Brasilien hat rund 16 Millionen Bewohner, aber nur ein sehr kleines stehendes Heer. Am 1. Oktober 1910 zählte es 57 Infanterie- und Jägerbataillone, 62 Schwadronen, 45 Feld- und Gebirgs-, 5 Saubitz-, 9 reitende, 36 Festungsbatterien, 5 Ingenieurbataillone, 5 Trainschwadronen, 5 Maschinengewehrkompanien. Alles dies ist in 5 gemischte Brigaden, 3 selbständige Kavalleriebrigaden, zusammengefaßt. Die etatsmäßige Friedensstärke beträgt 1909/10 28 160 Mann, dazu die Offiziere und 730 Jöglinge der Militärerziehungs- und Bildungsanstalten. Der größte Mangel des Heeres beruht in der großen Schwäche seiner Truppeneinheiten an Mannschaften. So zählt das Infanteriebataillon nur 180, das Jägerbataillon 120 Mann, die Schwadron 43 Pferde, die Batterie 40 bis 50 Mann. Das Heer ist somit eine Art von Milizheer. Im Kriege erweitert sich das aktive Heer auf 5 Divisionen zu 10 bis 11 Bataillonen. 1 Kavallerieregiment, 1 Artillerieregiment zu 3 Abteilungen, Saubitz- und Maschinengewehrformationen, 1 Geniebataillon, 1 Trainschwadron, zusammen 12 000 Mann mit 66 Geschützen. Dazu treten die drei verstärkten Kavalleriebrigaden, so daß zusammen mit einer Kriegsstärke von rund 70 000 Mann aktiver Truppen zu rechnen wäre.

Nach dem neuen Wehrgesetz gilt die allgemeine Wehrpflicht für alle brasilianischen Bürger, einschließlich Neger. Die Wehrpflicht dauert vom 21. bis zum vollendeten 44. Lebensjahr und zerfällt in das 1. Aufgebot bis zum 30., das 2. bis zum 37., das 3. bis zum 44. Lebensjahr. Der Dienst bei der Fahne dauert 2 Jahre. Die Truppen ergänzen sich aus Freiwilligen. Nicht deren Angebot nicht aus, so werden die Mannschaften der jüngsten Jahresklasse zum Dienst ausgelost. Die Reserve des aktiven Heeres umfaßt alle Wehrpflichtigen, die weder als Freiwillige noch als Ausgeloste gedient haben. Sie erhalten eine kurze Rekrutenschule, werden jährlich auf höchstens 4 Wochen eingezogen und müssen an regel-

mäßigen Schießübungen teilnehmen. Man sieht, daß hier ein Milizsystem mit recht hohen Ansprüchen besteht. Das zweite Aufgebot bildet die Truppe zweiter Linie und dessen Reserve, die etwa unseren Reserve- und Landwehrformationen gleichkommen. Eine jährliche Einberufung von höchstens 4 Wochen ist gesetzlich zulässig. Das 3. Aufgebot bildet die Nationalparade, die unserem Landsturm entspricht. Ohne Landsturm rechnet man im Kriegsfall auf eine Gesamtkraft von nahezu 200 000 Mann, wovon ein Drittel erster, zwei Drittel zweiter Linie.

Die Offiziere des Heeres gehen teils aus den Jöglingen der Militärschulen, teils aus dem Unteroffizierstand hervor. Gesetzlich ist das Verhältnis auf halb und halb festgesetzt. Die Bewaffnung besteht aus einem 7 mm Mauser-Schnellfeuerwaffe und 7,5 cm Schnellfeuergeschützen mit Rohrrücklauf System Krupp. Die Bekleidung ist ähnlich der des französischen Heeres. Eine braungelbe Einheitsbekleidung wird jetzt beschafft.

Alles in allem besitzt Brasilien Menschenmaterial genug, um mit Hilfe seines recht energisch eingreifenden Wehrgesetzes eine starke, gute Feldarmee aufzubringen.

## Reichstag.

Berlin, 26. November.

Staatssekretär Dr. Delbrück führte gestern in der Rechtfertigung der Wirtschaftspolitik des Reiches weiter aus:

Während die Kosten der Lebenshaltung sonst gestiegen sind, ist auf dem Gebiet der Brotpreise diese Tendenz nicht so zu verzeichnen. Daß allein unsere Wirtschaftspolitik die Preisvermehrung erschwert, ist mit guten Gründen zurückgewiesen worden. Die steigenden Löhne und Qualitäten, höhere hygienische und ästhetische Anforderungen und dergleichen, die mit agrarischer Politik nichts zu tun haben, sprechen mit. Die Viehpreise sind höher gestiegen als die Brotpreise, und die Brotpreise sind in erster Linie gestiegen eben unter dem Eindruck der Steigerung der allgemeinen Lebenshaltung. Es wird davon gesprochen, daß die Gesamtheit der Steuern und Zölle das arbeitende Volk schwer belastet. Es darf dabei eins nicht vergessen werden: der innere Zusammenhang zwischen der auswärtigen und der Schutzpolitik, und daß die Schutzpolitik nicht nur landwirtschaftliche Interessen, sondern auch industrielle Interessen berührt. Die ersten landwirtschaftlichen Schutzzölle sind vom Fürsten Bismarck damit begründet worden, daß wenn es für die Industrie Schutzgölle gibt, es auch Schutzgölle für die Landwirtschaft geben müsse. Unsere Agrarzölle haben sich also entwickelt als Bestandteile unserer gesamten Schutzpolitik. Will man daraus, daß im Laufe der letzten 30 Jahre, als die Produktionskosten teurer geworden sind, folgen, daß alle Wirtschaftspolitik falsch ist? Kann man nun annehmen, daß ein Land 30 Jahre lang eine falsche Wirtschaftspolitik getrieben hat, dessen Volkvermögen sich im Laufe der letzten 10 Jahre um 10 Milliarden vermehrt hat, dessen Bevölkerung in dieser Zeit jährlich um 880 000 Köpfe gewachsen ist, dessen Bevölkerung trotz dieser enormen Zunahme in solchem Maße Löhne und sonstige ausreichende Arbeitsgelegenheiten hat, daß die Auswanderung fast aufhört! Ich will nicht auf einen einwandfreien Wirtschaftspolitiker berufen, auf Herrn Galtzer. Er hat ausgerechnet, daß in der Zeit von 1896 bis 1910 die Löhne um 32½ Proz. gestiegen sind, dagegen die Gesamtaufwendungen für die Ernährung des Arbeiters nur um 22½ Prozent. (Hört, hört!) Also abgesehen von der Fürsorge für die sozialpolitischen Verhältnisse unserer Arbeiter, wofür wir in dieser Zeit 8 Milliarden verwenden konnten, hat diese Wirtschaftspolitik uns in die Lage versetzt, die Löhne weit über die Aufwendungen hinaus steigen zu lassen. Adolf Wagner sagt: Kein anderes Volk hat einen solchen Aufschwung genommen wie das deutsche im 19. Jahrhundert, und keines erlaubt sich mehr Genüsse aller Art in allen seinen Klassen, von den höchsten bis zu den niedrigsten, vom Arbeiter bis zum Großkapitalisten. Ich kann nur wünschen, daß das deutsche Volk die Einsicht besitzen werde, uns durch den künftigen Reichstag die Möglichkeit zu geben, unsere bisherige Wirtschaftspolitik beizubehalten. (Lebhafter andauernder Beifall rechts; Zuruf bei den Soz.: Schmeiden Sie sich nur nicht!)

Abg. Wachsberg de Wente (natl.) gibt zu, daß eine Preissteigerung für Rind- und Schafffleisch eingetreten ist, nicht aber für Schweinefleisch. An der Steigerung ist die Landwirtschaft nicht schuld, sie beklagt die schwankenden Preise. Durch Öffnung der Grenzen läßt sich dieses Übel nicht beseitigen, sondern nur durch möglichste Hebung der Produktion. Die Konservativen sollten der inneren Kolonisation nicht direkt und indirekt Hindernisse in den Weg stellen. (Unwahrheit! rechts; Ein solcher Zuruf ist eine Gemeinheit; links.) Vizepräsident Schulz: Es ist nicht Brauch, einen Zuruf mit dem Ausdruck Gemeinheit zu erwidern und ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Bravo rechts.) Die Nationalliberalen sind stets für den Schutz der nationalen Arbeit eingetreten. Der Bund der Landwirte aber trägt Zwiespalt in die Reihen der deutschen Landwirtschaft. (Lärm rechts.) Der Freihandel muß einem System des gerechten Ausgleichs weichen. Das merken selbst die Sozialdemokraten. (Zurufe.)

Vizepräsident Schulz: Ich bitte Zurufe zu unterlassen, da die Ausführungen des Redners doch in einem gewissen Zusammenhang mit dem Thema stehen (Geisterkeit).

Abg. Kobelt (old. Liberaler): Daß bei dieser ganzen Diskussion nicht viel herauskommen würde, wußte ich schon im voraus. Es wird höchste Zeit, daß die Regierung selbst etwas tut. Sie kann allerdings dreist erklären, daß sie nichts tun wird. Denn an der Volksstimmung ist nichts mehr zu verderben und bei den nächsten Wahlen wird die Regierung ihr schwarz-blaues Wunder erleben, die Regierung sollte so rasch wie möglich handeln, damit der agrarische Schaden nicht unheilbar wird.

Abg. Litz (Reichsp.): hält eine Enquete zur Feststellung des Preisunterschiedes bei Produzenten und Konsumenten für notwendig.

Abg. Wölzl (natl.) widerspricht — aber schwer verständlich — der Auffassung, daß die Städte durch Erhöhung der Schlachthausgebühren einen Ausgleich suchen für die Ausfälle an Oktroeinnahmen.

Abg. Dr. Hahn (Bund d. Landw.): Der Abg. Wachsberg de Wente hat einen politischen Gegensatz zwischen dem Bund der Landwirte und dem Bauernbund in die Debatte getragen. Wir stehen auf dem Boden des Zolltarifs von 1902. Deutschland muß vollständig unabhängig vom Auslande bleiben. Die innere Kolonisation muß anders sein in Posen als in Hannover. Großgrundbesitz ist unter Umständen ebenso wichtig, wie kleiner und mittlerer Besitz. Das Verdienst, die neue Wirtschaftspolitik Bismarcks durchgeführt zu haben, gebührt zum größten Teil dem Zentrum.

Abg. Emmel (Soz.): Der deutsche Kaiser hat selber von Brotwucher gesprochen, daselbst läßt sich auch dem Staatssekretär entgegenhalten.

Abg. Fegter (frig. Vpt.): Die capribischen Handelsverträge mit ihren niedrigen Zöllen haben der Landwirtschaft erheblich genützt. Auch heute hat Dr. Hahn die gewohnte Verbeugung vor dem Zentrum nicht unterlassen können. Nur eine Stärkung der Kleinbauern kann die eigene Fleischversorgung Deutschlands gewährleisten. (Sehr richtig! links.)

Nach weiteren kurzen Bemerkungen wird Vertagung beschlossen. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr. Interpellation betr. Kaiserreden; Nebensachen. Schluß 3/4 Uhr.

Zur Wahl des zweiten Vizepräsidenten des Reichstags wird der „Deutsch. Btg.“ aus dem Reichstag mitgeteilt, daß die bei der Wahl abgegebenen weißen Zettel nicht von den Nationalliberalen stammen. Außer den Fortschrittler habe nur ein kleiner Teil der Nationalliberalen sich der Wahl enthalten, die übrigen hätten für Schulz gestimmt. Den Rest der weißen Zettel haben die Polen abgegeben, die damit gegen die Faltung des Abgeordneten Schulz in der Polenpolitik demonstrieren wollten.

Die freimüthige Interpellation über den Stand der Privatbeamtenversicherung wird voraussichtlich den Reichstag nicht allzu viel Zeit kosten. Wie die „Reichsp. N. N.“ erfahren, wurde Staatssekretär Delbrück auf die Interpellation eine kurze Erklärung abgegeben, daß der Entwurf der Privatbeamtenversicherung dem Reichstage bereits im Januar zugehen werde.

## Deutsches Reich.

### Ein Einspruch gegen einen Katholikenbeschuß.

Der Mainzer katholische kaufmännische Verein feierte kürzlich ein Stiftungsfest, dem auch der Bischof Kirstein beizuwohnte. Er richtete eine Ansprache an die Vereinsmitglieder und führte dabei aus:

„Die größte Freude hat mir gemacht der entschiedene Protest gegen die Einmischung gewisser Kreise in Lebensfragen des Verbandes. Hier denke ich auch an die Vorgänge beim Augsburger Katholikentag, wo eine Zufallsmajorität die eingebrachten Anträge, welche besagen, daß für die katholischen Kaufleute der Verband der katholischen kaufmännischen Vereinigungen die berufene Organisation ist, glaubte abändern zu müssen. Sie, meine Herren, werden es bei diesem Beschlusse nicht belassen und im nächsten Jahre bei Tagung des Katholikentages in der Mainzer Bischofsstadt alles daransetzen, daß dieser Fehler beseitigt wird.“

Auf dem Katholikentag in Augsburg war der Antrag eingebracht worden, die Versammlung wolle beschließen, daß die katholischen kaufmännischen Vereine als die berufene Organisation des kaufmännischen Standes empfohlen werden. In dem vorbereitenden Ausschuß wurde

auf Antrag des Dr. Pieper, des Leiters der München-Gladbacher Zentrale des Volksvereins, beschlossen, statt „die berufene Organisation“ zu sagen „eine berufene Organisation“. Man tat dies mit Rücksicht auf die auch vom Volksverein unterstützten interkonfessionellen Verbände. Der Antrag Pieper wurde dann angenommen.

### Organisation der deutschen Journalisten.

Mit der kürzlich in Berlin vollzogenen Gründung des Reichsverbandes deutscher Presse haben Organisationsbestrebungen ihren Abschluß gefunden, die seit einigen Jahren die journalistischen Vereinigungen lebhaft beschäftigten. Der Verband deutscher Journalisten- und Schriftstellervereine, der bisher die meisten dieser Vereinigungen umfaßte, schien insofern dem Bedürfnis nicht mehr zu genügen, als er die Anforderungen einer rein beruflichen Organisation für die Presse nicht erfüllte. Es ergab sich die Notwendigkeit, namentlich für die wirtschaftlichen Interessen der Journalisten eine besondere Berufsorganisation zu schaffen. Der Anfang dazu wurde mit dem Bund deutscher Redakteure gemacht. Da dieser aber nur eine Teilorganisation blieb, wurden im Einvernehmen mit dem alten Verband und unter dankenswerter Förderung durch diesen die Bestrebungen weiter gefördert, und das Resultat war die volle Einigung aller bestehenden Vereine zur Schaffung des neuen Reichsverbandes, der nur im Hauptberufe tätige Redakteure und Journalisten umfassen und sich die Wahrnehmung aller beruflichen Angelegenheiten der in der Presse und für diese hauptberuflich Tätigen angelegen sein lassen soll und dafür als die einheitliche Vertretung der Presse auch nach außen gelten soll. Der bisherige Verband wird, wie die „Frf. Ztg.“ schreibt, fortbestehen zur Vertretung der allgemeinen schriftstellerischen Interessen und Hand in Hand mit dem neuen Reichsverband arbeiten, der eine feste Geschäftsstelle in Berlin erhält. Es ist Vorsorge getroffen, daß die Einzelvereine in beiden Verbänden zusammengeschlossen werden.

Zu Vorstehenden des Reichsverbandes, der sich auf reichsdeutsche Mitglieder beschränkt, wurden, wie schon kurz berichtet, bestimmt: Marx (Berlin), Stoffers (Düsseldorf), Hermes (Berlin) und Mohr (München). Außerdem gehören dem Hauptvorstande an: als Schriftführer Obst (Hamburg), Giesen (Frankfurt a. M.), Frhr. von Biebermann und Bädler (Berlin); als Beisitzer ten Brink (Berlin) und v. Puttkammer (Dresden); als Schatzmeister Wöhner und Bernhardt (Berlin).

Der Vorort des Verbandes deutscher Journalisten- und Schriftstellervereine ging auf den Frankfurter Journalisten- und Schriftstellerverein über.

### \* Übersicht.

In der Sitzung des Bundesrats vom 24. November wurde über die Vorlagen betr. die Verlängerung der Befugnis der Württembergischen Notenbank in Stuttgart und der Badischen Bank in Mannheim zur Ausgabe von Banknoten und Abänderung der Statuten dieser Banken Beschluß gefaßt.

Gestern früh verstarb Friedrich Magnus Graf und Standesherr zu Solms-Wildenfels, erbliches Mitglied der ersten Kammer des Königreichs Sachsen, nach längerer Krankheit an einem Krebsleiden.

Vom 1. Dezember ab führt die Reichspost veruchsweise Gilbestellung von Paketen, Einschreibsendungen, Sendungen mit Wertangabe und Postanweisungen auch für Orts- und Landbestellbezirk des Aufgabepostorts zugelassen waren.

Wie der „Schleif. Volksztg.“ aus Gnesen gemeldet wird, erfolgte die Ernennung des Gnesener Seminarregens Wilhelm Moske zum Weihbischof von Gnesen durch den Papst. Da nach dem Tode des Weihbischofs Andrzejewicz für beide Diözesen nur ein Weihbischof vorhanden war, sei der Papst angegangen worden, diesem Notstande abzuhelfen und aus eigener Machtvollkommenheit einen Weihbischof für Gnesen zu ernennen. Darauf, daß der erzbischöfliche Stuhl von Gnesen und Posen bald besetzt werden würde, sei keine Aussicht vorhanden.

Die „Kreuzztg.“ wird um Veröffentlichung folgender Erklärung gebeten: Der vor vier Jahren anlässlich der württembergischen Landtagswahlen vom Reichstagsabgeordneten Vogt (Hall) an den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Hilbrandt geschriebene Privatbrief, worin der Sozialdemokratie in einem Landtagswahlbezirk zwar keine direkte Unterstützung, aber eine indirekte Begünstigung gegenüber einer anderen bürgerlichen Partei in Aussicht gestellt wurde, ist uns erst durch seine Veröffentlichung bekannt geworden. Die „Wirtschaftliche Vereinigung“, die grundsätzlich jede Unterstützung der Sozialdemokratie verwirft, mißbilligt diesen Brief auf das entschiedenste. Für die Fraktion der „Wirtschaftlichen Vereinigung“, Berlin, am 23. November 1910. Der Vorsitzende: Liebermann v. Sonnenberg, M. d. R.

### Auslandsübersicht.

Wien, 28. Nov. Im Abgeordnetenhaus besprach gestern Handelsminister Reichsminister eingehend die Frage der Fleischsteuerung. Die Regierung sei entschlossen, ein bestimmtes Kontingent argentinischen Fleisches zuzulassen, sie vertrete aber den Standpunkt, daß zur dauernden Behebung der Fleischsteuerung die Hebung der inländischen Fleischproduktion unbedingt durchgeführt werden müsse. Der Import des argentinischen Fleisches sei nur eine Notstandsmaßnahme. Im übrigen sei es bei der bestehenden wirtschaftlichen Krise notwendig, nicht nur eine Frage herauszugreifen, sondern es müsse eine solche Politik getrieben werden, daß die Ursachen der Not behoben würden, vor allem durch die Schaffung von Arbeitsgelegenheit.

London, 25. Nov. Nachdem das Unterhaus die Arbeiten beendet, hielt es heute eine formelle Sitzung ab und vertagte sich dann bis zum 28. November, an welchem Tage der Abschluß der Sitzungsperiode erfolgt. Die Auflösung folgt bald darauf. Premierminister Asquith ist nach Hull abgereist, wo eine Konferenz der liberalen Partei stattfindet.

London, 25. Nov. Das Oberhaus tagte gestern bis zum späten Abend. Der Antrag Lansdownes, das Haus möge sich als Kommission konstituieren, um die von ihm eingebrachten Resolutionen zu beraten, wurde angenommen, ebenso darauf die Resolutionen. Das Haus beschloß ferner, daß die Resolutionen Lansdownes und Mosebergs dem Unterhause mitgeteilt werden sollen. — In dem Wahlmanifester der unabhängigen Arbeiterpartei wird erklärt, das Oberhaus müsse gänzlich abgeschafft werden.

St. Petersburg, 25. Nov. Die Kadettenpartei brachte in der Reichsduma eine Gesetzesvorlage ein betr. den Ankauf des Gutes Jahnaja Poljana mit dem Grabhügel Tolstois, sowie des Sterbehäuses in Astrachan durch den Staat und Eröffnung einer Nationalbank für ein in Moskau zu errichtendes Tolstoidenkmal, wozu der Staat einen Zuschuß von 100 000 Rubel leisten soll. Die Arbeiterpartei beantragte gleichfalls eine Erhebung Tolstois, die u. a. in der Gründung einer Volksuniversität bestehen soll. — In der Reichsduma wurde heute ein Antrag der Sozialdemokraten und der Kadettenpartei, die Gesetzesvorlage betreffend die Abschaffung der Todesstrafe auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen, nach förmlicher Debatte mit 161 Stimmen des Centrums und der Rechten gegen 131 Stimmen der Opposition abgelehnt.

Ranea, 25. Nov. Ariaris, der Kandidat der Regierungspartei, ist zum Präsidenten der Kammer gewählt worden.

## Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 26. November.

Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin verließen heute nachmittag Badenweiler und kehrten zu dauerndem Aufenthalt nach Karlsruhe zurück.

\*\* Am Samstag, den 10. Dezember d. J., findet im Ministerium des Innern eine Sitzung des Landesgesundheitsrats statt, in der die im Ministerium des Innern ausgearbeiteten Entwürfe neuer Bestimmungen über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten und über das Desinfektionswesen beraten werden sollen. Außerdem werden die Frage der Bestellung von Schulärzten und deren Aufgaben zur Erörterung gelangen.

\*\* In hiesigen Zeitungen ist in den letzten Tagen über die Verhältnisse der Finanzassistenten ein Artikel mit der Überschrift „Sparsamkeit in Baden“ erschienen, der in verschiedenen Punkten nicht den Tatsachen entspricht. So heißt es darin, etwa 50 junge Leute seien in der diesjährigen Finanzassistentenprüfung; der größte Teil besitze eine mit dem Abiturium abgeschlossene Gymnasialbildung. In Wirklichkeit haben sich der im Laufe dieser Woche abgehaltenen Finanzassistentenprüfung 29 Finanzassistenten unterzogen, darunter 7 mit vollständiger Bildung einer Mittelschule.

Es heißt weiter mit Bezug auf die Finanzassistenten: nicht nur ihre Kollegen vom Jahrgang 1909 (das soll wohl heißen: alle von diesem Jahrgang), sondern eine große Zahl derer von 1908 seien in den letzten Tagen ihrer bezahlten Verwendung entzogen worden. In Wirklichkeit standen von den Finanzassistenten, die im Jahre 1908 die Prüfung bestanden haben, der Finanzverwaltung am 1. Oktober d. J. 41 zur Verfügung, von denen des Jahres 1909 dagegen 28. Davon sind zurzeit noch gegen Bezahlung verwendet 41 (also alle) Finanzassistenten des Jahres 1908 und 19 des Jahres 1909, so daß im ganzen 9 unverwendete Finanzassistenten des letzten Jahrganges vorhanden waren. Durch die endgültige Bezeichnung von 11 Bureaushilfsstellen infolge des Vollzuges des Staatsvoranschlages, die mit Anwärtern für Unterbeamtenstellen besetzt werden müssen, bisher jedoch von Finanzassistenten vorläufig in stets widerruflicher Weise versehen worden sind, sind auf 1. Dezember d. J. 11 Finanzassistenten (7 des Jahrganges 1908, 4 von 1909) verfügbar geworden. Wegen Aufhörens des Grundes der geleisteten Dienstleistung (Krankheit eines Beamten, Geschäftsandrang, Verziehung unbefetzter Stellen) sind 9 weitere Finanzassistenten vom genannten Tage an ohne Verwendung, und zwar 5 des Jahrganges 1908 und 4 des Jahrganges 1909, so daß im ganzen 20 (12 von 1908, 8 von 1909) Finanzassistenten verfügbar geworden sind. Von diesen 12 Assistenten des Jahres 1908 sind in den letzten Tagen wieder 4 mit Verwendungen betraut worden, so daß auf Anfang Dezember im ganzen 16 Finanzassistenten, je 8 der beiden Jahrgänge, unverwendet sind.

Der Artikel sagt, man habe es hier mit Beamten im Alter von 24 bis 30 Jahren zu tun. In Wirklichkeit ist das Durchschnittsalter der Finanzassistenten des Jahres 1908 24½, das derer von 1909 21½ Jahre.

Das Anwärter für Staatsstellen — und lediglich um solche handelt es sich hier — kürzere oder längere Zeit unverwendet sind, ist eine Erscheinung, die nicht nur bei den Finanzassistenten vorkommt, sondern namentlich auch bei den Anwärtern für die höhere Beamtenlaufbahn, die erheblich mehr für ihre Ausbildung aufgewendet haben und in höherem Lebensalter stehen; es wird in dieser Hinsicht auf die bekannten Verhältnisse bei den Referendären und Finanzpraktikanten verwiesen.

Was die Zahl der aufgenommenen Finanzgehilfen betrifft, so ist sie gerade in den letzten beiden Jahren ganz erheblich eingeschränkt worden, in den Jahren 1909 und 1910 sind nur noch je 5 Finanzgehilfen angenommen worden, so daß von einer, wie der Artikel sagt, ununterbrochenen Aufnahme in dem Sinne, als sei gar nichts geschehen, nicht die Rede sein kann.

Die Anordnung, daß Beamte wegen ihrer Wünsche nur dann bei der Direktion persönlich vorstellig werden sollen, wenn sie etwas vorzubringen haben, das der Direktion nicht auf dem schriftlichen Weg zur Kenntnis gebracht werden kann, ist nicht ganz neu und steht mit der Verwendung der Finanzassistenten in keinem Zusammenhang. Man hat lediglich eine Anordnung des Finanzamters und Steuerkommissären bekanntgegeben und den Zollstellen in Erinnerung gebracht, die für die Zollverwaltung ohne jeden Nachteil schon seit 1897 besteht und den Zweck hatte, die in vielen Fällen zwecklosen Störungen des Dienstbetriebes der ohnehin mit Arbeit überhäuft Beamten der Direktion, wie sie mit den Reizen zum Zwecke persönlicher Vorstellungen verbunden sind, zu vermeiden.

Der Minister des Innern, Freiherr von Bodman, hat gestern der feierlichen Eröffnung des Neubaus der Erziehungsanstalt Schwarzscher Hof im Amtsbezirk Eberbach angewohnt.

\*\* Beim Anhalten des Güterzuges 6318 von Straßburg vor dem Einfahrtsignal der Station Appenweier am 25. November, abends 4 10 Uhr, ist von zwei mit schweren Brückenteilen beladenen Schenkelwagen, die durch die Labung miteinander verbunden waren, diese vom vordern Wagen heruntergefallen und hat beide Gleise der Kehler Bahn gesperrt. Um 2 Uhr morgens konnte einseitiger Betrieb aufgenommen werden, zweiseitiger Betrieb wird voraussichtlich im Laufe des Nachmittags am 26. November wieder eingerichtet. Bei dem Unfall wurde niemand verletzt. Die dem Personenverkehr dienenden Züge erlitten größere Verspätungen, die Güterzüge mußten nachts ausfallen. Die Ursache des Unfalls ist zurzeit noch unbekannt.

Das Präsidium des „Badischen Landwirtschaftlichen Vereins“ hat auf den 28. November, vormittags 10 Uhr, nach Karlsruhe eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen. In dieser Versammlung wird über folgende Gegenstände beraten werden: 1. Genehmigung des Vertrags mit der Badischen Landwirtschaftskammer über die Herstellung einer organischen Verbindung derselben mit dem Landwirtschaftlichen Verein, sowie der Vereinbarung über die Abgrenzung der beiderseitigen Tätigkeitsgebiete; 2. Abänderung der Vereinsstatuten nach Maßgabe des unter Ziffer 1 genannten Vertrags; 3. Wahl eines Mitgliedes in den Beirat der Gastpflichtversicherungsanstalt der Badischen Landwirtschaftskammer.

### Aus der Residenz.

(Großherzogliches Hoftheater Karlsruhe.) Von der Generaldirektion wird uns mitgeteilt: Der morgen, Sonntag, den 27. November stattfindenden ersten Aufführung des „Mihadeba“ und dem von den beiden Leitern der Aufführung, Herren Reichwein und Dumas am vormittag 12 Uhr im Foyer zu haltenden Vortrag über dieses Werk wird der Dichtkomponist Dr. Felix Gottlieb anwohnen. Bezüglich der Besetzung der Partien ist noch zu erwähnen, daß Herr Wolf die Titelpartie und Fräulein Teres die weibliche Hauptpartie der Maha singen werden. In den übrigen wichtigeren Partien sind beschäftigt Fräulein Bruns und die Herren van Gortom, Keller, Koba, Schüller. — Montag, den 28. November wird das Lustspiel „Der dunkle Punkt“ zum erstenmal wieder aufgenommen und dann am Dienstag den 29. November Wagners „Aienzi“ und am Donnerstag, den 1. Dezember Sudermanns „Johannistag“ wiederholt. Am Freitag, den 2. Dezember findet eine Aufführung des zuletzt beim Probeaufspiel des fünfjährigen Vertreters des hiesigen Tenors, Herrn Siewert von Hamburg, gegebenen „Fossilien von Longjumeau“ von Adam statt. Mit der für Samstag, den 3. Dezember angeetzten Vorstellung zu ermäßigten Preisen „Die Braut von Messina“ ist ab Donnerstag, den 1. Dezember, die weitere Eintrittsvergünstigung der Vorverkaufsgeldbesitzer verbunden. Die geschlossene Aufführung des „Rings des Nibelungen“, die nächste größere Aufgabe der Oper, wird im Jahresabonnement gegeben; sie nimmt am Sonntag, den 11. Dezember mit dem „Abergold“ ihren Anfang und erreicht am darauffolgenden Sonntag mit der „Götterdämmerung“ ihr Ende. „Walfüre“ und „Siegfried“ fallen auf die Werkstage, den 13. und 16. Dezember. Mit der Verlegung des Rings auf zwei Sonn- und zwei Werkstage wird der besonders von auswärtigen häufig geäußerte Wunsch, einer Pinguaufführung ohne öftere, die Berufspflichten störende wöchentliche Pflanz anzuhören, erfüllt. Für die nächste Herbst im Schauspiel, Gumpenbergs „Münchhausen“ Komödie und Goldoni-Fuldas „Mirandolina“ ist der 9. Dezember bestimmt.

K. (Kaufmännischer Verein Karlsruhe.) Einen seiner Bücher über das Wiener Theater setzte Hermann Vahr vor einigen Jahren das Motto voraus: „Die Duse hat mir einmal lachend gesagt: Aber Sie! Sie sind doch gar kein Kritiker — Sie sind unser guter Kamerad! Dies hat mich stolz gemacht. Es enthält alles, was ich sein will.“ Hierin wird Hermann Vahr's Wesen gut charakterisiert; Liebe zur Sache aber auch Liebe zur Person. Das kam auch vorgehen in seinem Vortrag im Kaufmännischen Verein zum Ausdruck. Der erfahrene Theaterfachmann sprach mit viel anregender Wärme, mit vielen guten Gedanken und Empfindungen über „Schauspielkunst“. Er gab keine unumföhligen Definitionen — die Kunst läßt sich ja mit genauen Wesensbestimmungen überhaupt nicht fassen — aber er erzählte sehr anschaulich über eigene Erfahrungen und zog sehr vernunftgemäße Schlüsse aus seinen vielen, klugen Beobachtungen. Er sprach davon, ob der Schauspieler Stimmungen, die er darstellt, auch selbst empfinden soll. Das sei schon wegen der Verdrückung vieler technischer Kleinigkeiten beim Auftreten nicht möglich. Andererseits habe er auch beobachtet, daß Künstler, die sich infolge zufälliger persönlicher Erlebnisse in derselben Stimmung befinden, die sie zu gestalten haben, deshalb keineswegs besser spielen als sonst. Die Frage, ob der Künstler auf der Bühne sich verwandeln oder ob er sich selbst spielen soll, werde von den großen Darstellern (Duse, Mainz u. a.) im Sinne des Sichelbergspiels beantwortet. Dann bezeichnete Hermann

Wahr die Eigenart des Wesens der Schauspielkunst, als die geheimnisvolle, magische Verbindung des Schauspielers mit dem Publikum, die ihn ganz anders und reicher macht, die ihn zu Tönen und Ausdrucksformen kommen läßt, die er sonst gar nicht hat. In den Proben muß der Regisseur auf seine nicht befolgte, eindringliche Ratsschläge immer wieder hören, „regen Sie sich nicht auf, am Abend werde ich das alles bringen“. Und der wirkliche Schauspieler ist am Abend, wenn die geheimnisvolle Einwirkung des Publikums ihn umgibt, tatsächlich ein ganz anderer, seine Kraft wächst und es geschieht das Wunder der Schauspielkunst. — Man brachte Hermann Bahr hier wohl auch als dem Dichter des im Hoftheater so beifällig aufgenommenen „Konzerts“ besonderes Interesse entgegen. Der Eintrittsaal war überfüllt. Die angenehme, unterhaltende und herzliche Sprechweise weckte rasch eine sehr sympathische Stimmung und löste zum Schluß reichen Beifall aus.

(Rind- und Fleischpreise.) Auf die in unserer Donnerstagnummer wiedergegebene Mitteilung der Landwirtschaftskammer über das Verhältnis zwischen Rind- und Fleischpreisen erwidert die Direktion des städtischen Schlacht- und Viehhofs in einem Schreiben an den Stadtrat, in dem es u. a. heißt: „In der Presse findet sich eine Veröffentlichung der Badischen Landwirtschaftskammer über die Bewegung der Fleischpreise im Verhältnis zu den Viehpreisen, in welcher, angeblich an der Hand amtlichen Materials, nachzuweisen versucht wird, daß die Fleischpreise in erheblicherem Maße gestiegen seien als die Viehpreise und daß daher in erster Linie die Regierung schuld an den hohen Fleischpreisen seien. Als Beweis für diese Behauptungen wird angeführt: 1. daß die Spannung zwischen Schweinefleischpreisen und den Schweinepreisen auf den städtischen Schlachtviehmärkten zurzeit etwa dreimal so hoch sei, als in den Jahren 1897 bis 1900 und etwa zweimal so hoch als in den Jahren 1904 bis 1906; 2. daß die Schweinepreise in diesem Jahre bis zum Hochsommer stark gefallen seien, während der Preis des Schweinefleisches auf seinem Stand verblieben bzw. noch gestiegen sei. — Die amtlichen Preisnotierungen der hiesigen Schlachthofdirektion geben, wie es in dem Schreiben heißt, auch nicht einen Schimmer von Berechtigung für die ungeheuerlichen Behauptungen der Landwirtschaftskammer! Nach diesen Notierungen beträgt die Spannung zwischen Marktpreis und Fleischpreis für Schweine für die Monate Januar bis inkl. Oktober d. J. im Durchschnitt 30 Pf. pro Kilo, eine Spannung, die als durchaus angemessen bezeichnet werden muß. In dem Jahre 1897 betrug diese Spannung 21 Pf., in dem Jahre 1898 betrug diese Spannung 22 Pf., in dem Jahre 1899 betrug diese Spannung 34 Pf., in dem Jahre 1900 betrug diese Spannung 36 Pf. Somit ist die Spannung zwischen Marktpreis und Fleischpreis in diesem Jahre nur um ca. ein Drittel höher als in den Jahren 1897 und 1898 und sogar ein Siebtel bis ein Fünftel niedriger als in den Jahren 1899 und 1900. Im Jahre 1904 betrug die Spannung 28 Pf., im Jahre 1905 betrug die Spannung 22 Pf., im Jahre 1906 betrug die Spannung 26,7 Pf., also im Durchschnitt für diese Periode etwa nur ein Sechstel weniger als jetzt. Wenn angesichts dieser Zahlen die Landwirtschaftskammer ausgerechnet hat, daß die Spannung jetzt drei- bzw. zweimal so hoch sei, so ist dies ein Rechenkunststück sehr bedenklicher Art. Es trifft ferner nicht zu, daß die Schweinepreise seit Beginn des Jahres stark gefallen sind, die Schweinefleischpreise dagegen ihre Höhe behauptet haben bzw. noch mehr gestiegen sind. Die Marktpreise für Schweine fielen vom Januar d. J. bis Ende Juli von 148 bis 152 auf 137 bis 141 Pf. pro Kilo, also um 11 Pf.; die Schweinefleischpreise dagegen stiegen im gleichen Zeitraum von 188 bis 192 auf 180 bis 184 Pf., also um 8 bis 12 Pf., oder im Durchschnitt um 10 Pf. Diesen Stand bezeugen die Preise des Schweinefleisches bis zum 1. Oktober d. J., obwohl inzwischen die Marktpreise bereits wieder auf 142 bis 147 Pf., also um 5 bis 6 oder im Durchschnitt um 5 1/2 Pf. angestiegen waren. Was die Ausführungen der Badischen Landwirtschaftskammer über die Wirkung der Einfuhr französischer Viehes auf die Fleischpreise betrifft, so liegt auf der Hand, daß eine solche nicht sofort in ausgiebigem Maße eintreten kann. Für den hiesigen Platz kann aber schon jetzt festgestellt werden, daß durch die Einfuhr des französischen Schlachtwiehs 1. ein sonst unmeidliches weiteres Steigen der Viehpreise verhindert worden ist, 2. daß infolge der vorzüglichen Qualität und der billigeren Preise der französischen Wurstwaren der bereits eingetretene Wurstpreisanstieg zurückgenommen werden konnte, 3. daß die Viehhändler bei den nächsten Transporten billigere Preise und die Regenerinnung einen Abschlag der Fleischpreise um 4 bis 5 Pf. auf 1. Dezember in Aussicht gestellt haben. Vor allen Dingen wird es nötig sein, im Norden Deutschlands Konzeptionen zu machen und die Einfuhr von Vieh aus Dänemark und Schweden zu erleichtern. Wird diese Forderung erfüllt, so ist auch, wie die Direktion des Schlacht- und Viehhofs zum Schluß erklärt, mit Bestimmtheit ein Rückgang der Fleischpreise zu erwarten.“

(Weihnachtsmärkte.) Die zum Feilhalten von Weihnachtsbäumen bestimmten Plätze auf dem Stephanplatz und auf dem Marktplatz (bei und in der Hebelstraße) werden Montag den 5. Dezember d. J., vormittags, an die Weißbrotbäcker öffentlich versteigert. Zusammenkunft um halb 10 Uhr auf dem Stephanplatz und um 10 Uhr auf dem Marktplatz, Ecke der Hebelstraße (beim Rathaus). Die Steigebilligung ist nach erfolgtem Zuschlag sofort auf dem Platze zu begeben.

### Badische Chronik.

B.C. Forstheim, 25. Nov. Die Stadtverwaltung beabsichtigt in der Nähe der Bahnlinie Forstheim-Mühlacker einen neuen Schlachthof mit Viehhofanlage zu errichten. Die Kosten sind mit rund 2 429 000 Mark veranschlagt.

B.C. Forstheim, 25. Nov. Der Deutsche Metallarbeiterverband beschloß, daß bis spätestens Samstag abend sämtliche organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen ihren Arbeitsplatz zu verlassen haben. Am Montag darf nur noch arbeiten, wer im Besitz einer Erlaubnisurkunde des Verbandes ist. Alle übrigen gelten als Streikbrecher. Am Samstag und Sonntag finden Streikversammlungen statt.

oc. Freiburg, 25. Nov. Der Stadtrat genehmigte das Pensionsgesetz des Theaterdirektors Hans Bollmann.

\*\* In Eppstein, Bezirksamt Frankenthal (Rheinpfalz), ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

### Neueste Nachrichten und Telegramme.

#### Reichstag.

Berlin, 26. Nov. Auf der Tagesordnung der heutigen Reichstags-Sitzung steht zunächst die Interpellation der Sozialdemokraten betr. die Kaiserreden. Auf Befragen des Präsidenten erklärt sich der Reichskanzler zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit. — In Begründung der Interpellation führt Abg. Ledebour

(Soz.) aus: Bei der früheren Interpellation herrschte bei allen Parteien des Reichstages Einmütigkeit in der tiefgehenden Entrüstung über die damalige Kaiserrede und die Veröffentlichung in „Daily Telegraph“. Ein großer Teil des Reichstags verlangte gesetzliche Maßnahmen, nicht bloß die Sozialisten. Die individuelle Auffassung des Kaisers von seiner staatsrechtlichen Stellung führt zu selbstherrlichem Eingreifen in die Politik des Landes. Sie schädigt das Ansehen Deutschlands. Fürst Bülow hat es hier ein Unglück genannt. Schließlich hat auch der Kaiser das bindende Versprechen gegeben, seine Eingriffe nicht zu wiederholen. Das deutsche Volk wurde im August dieses Jahres durch die Königsberger Rede überrascht, die eine offene Verkündigung des Gottesgnadentums und des persönlichen Regiments war. Das hat die gesamte Presse mit Ausnahme eines Teiles der konservativen anerkannt. Tatsächlich ist die Krone gebunden an verfassungsrechtliche Bestimmungen; mindestens seit 1849 gibt es kein selbstherrliches Gottesgnadentum mehr. Auch die Ausführungen über die Stellung der Frau sind anfechtbar. Die Behauptung, daß der Friede auf unseren Rüstungen beruht, ist falsch; er beruht auf der eigenen Kultur. Mit dieser Rede hat Kaiser Wilhelm II. sein früheres Versprechen bewußt durchbrochen. Gegen die Mehrheit des Volkes darf nicht regiert werden. Das versucht allerdings eine bössige Kamarilla. Mit seiner Rede in Beuron hat Wilhelm II. die Hilfe der katholischen Kirche und Geistlichkeit angerufen. Diese Hilfe hat den Thronen von Frankreich, England und Portugal nichts genutzt und sie bringt den Kaiser in einen Gegensatz zu der Mehrheit des Volkes. Eine Erklärung des Reichskanzlers genügt nicht. Wir müssen eine Demokratisierung des Parlamentes und des gesamten Verfassungslebens erhalten. Wir werden schließlich unter republikanisches Ideal erlangen.

Der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg erklärte hierauf:

Bevor ich zur Beantwortung der Interpellation übergehe, will ich einige Worte zu den Ausführungen des Vorredners sagen. Die Vorwürfe Ledebours beweisen, wie recht der „Vorwärts“ hatte, als er vor einigen Tagen verkündete, der Zweck der Interpellation sei die Aufrollung der Verfassungsfrage. Die Ausführungen Ledebours zeigen durchaus klar, daß er und seine Partei nicht von der Sorge um das Gemeinrecht, nicht von der Pflicht, die verfassungsmäßigen Institutionen zu schützen, geleitet werden, sondern im Gegenteil von einer leidenschaftlichen Gegnerschaft gegen unsere Verfassung. Ledebour hat sich jedoch mit klaren Worten zum Republikanismus bekannt. Auf: Ist das etwas Neues? Nein, das ist nichts Neues. Sie haben von jeher das Prinzip verfochten. Das haben wir gewußt, aber es hat nie eine Zeit gegeben, wo Sie mit diesem Endziel so klar vor die Öffentlichkeit traten. (Sehr richtig!) Gut ist es, daß Sie es tun, daß das ganze Land es weiß, zu welchem Ziel Sie hinstreben. Wenn Sie diese Aufgabe verfolgen, müssen wir Sie beglückwünschen. Ob Ihre Begründung hier Glück haben wird, darüber wird der Reichstag entscheiden. Die Interpellation nimmt an, der Kaiser habe 1908 hier Erklärungen abgegeben, mit denen er sich in diesem Jahre in Widerspruch gesetzt hätte. Diese Annahme ist falsch. (Lachen links.) Die Königsberger Rede ist eine verfassungsmäßige Äußerung, daß das monarchische Prinzip auf eigenem Recht beruhe. Im Anschluß an jene Debatte hatte der Reichskanzler mitgeteilt, daß der Kaiser trotz der als ungerichtet empfundenen Kritik seinen Willen dahin kundgegeben hätte, die Politik des Reiches und die verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern. Diese Erklärung stellt lediglich fest, wie der Kaiser seine staatsrechtlichen Rechte und die Pflichten seines Verwesamtes ansieht. Mit dieser Auffassung hat sich der Kaiser in keinen Widerspruch gesetzt. Für das Gegenteil hat Ledebour den Beweis nicht erbracht. Die letzten Ansprachen beweisen nicht, daß er die Stetigkeit der Politik gefährden wolle. (Sehr richtig!) Die Königsberger Rede ist eine verfassungsmäßige Äußerung, daß das monarchische Prinzip auf eigenem Recht beruht, verbunden mit dem Ausdruck tiefer religiöser Überzeugung, die auch vielfach im Volke geteilt wird. (Lebhafter Beifall.) Wenn in unseren Tagen auf demokratischer Seite die Meinung immer hervortritt, auch in Preußen den König wie einen vom Volke erwählten Würdenträger zu behandeln, so darf man sich nicht wundern, daß der König das Bewußtsein, seiner Volkshoheitverantwortung zu unterliegen, sehr betont. Persönliche Unverantwortlichkeit des Königs, Selbstständigkeit und Ursprünglichkeit seiner monarchischen Rechte, das sind die Grundgedanken unseres Staatslebens, die auch in der Periode der konstitutionellen Entwicklung lebendig geblieben sind. Gibt nun der Kaiser in der alten preussischen Krönungsstadt der durch die Tradition geheiligten Formel vom Gottesgnadentum Ausdruck, beruht er sich im Gegenteil zu den Tagesmeinungen auf dem Gewissen als Richter seiner Handlung, so tut er dies im Bewußtsein der Fülle seines Rechtes wie seiner Pflichten. (Sehr richtig! rechts.) Mit dieser Auffassung der Stellung des Kaisers und Königs befinde ich mich auf verfassungsmäßigem Boden. Diese Auffassung werde ich festhalten und verteidigen getreu der mir obliegenden Verantwortlichkeit, die ich mir lediglich von meinem Amt und meiner politischen Überzeugung bestimmen lasse. (Lebhafter, wiederholter Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Singer (Soz.) findet Beantwortung der Interpellation statt. Abg. Frhr. von Hertling (Ztr.): Wir haben nicht den Wunsch, die unliebbare Debatte vom November 1908 zu erneuern. Sie war ein beklagenswerter Ausnahmefall. Der Kaiser selbst betonte, er bewege sich in der durch die Grenzen der Verfassung gegebenen Verantwortlichkeit. Was die Äußerung über das Gottesgnadentum und das Werkzeug des Herrn betrifft, so hat der König von Preußen lediglich ein Bekenntnis vom Christentum abgelegt. Sollte dies vielleicht den Anstoß erregt haben? (Sehr gut und Beifall.) Ledebour hat geradezu den Umsturz gefordert. Gegen diese verhetzende Politik wollen wir die Sammlung aller sittlichen und religiösen Kräfte. (Lebhafter Beifall rechts und in der Mitte. Unruhe links.)

Abg. Dr. v. Seydewitz (Konf.) erklärt sich mit den Ausführungen des Reichskanzlers einverstanden. Wir sehen die Interpellation als eine Herausforderung an. Unser Volk hält es nicht für falsch, daß der Kaiser im Rahmen seiner verfassungsmäßigen Rechte sich als Mann

eigener Überzeugung bekennet und sich vor einen höheren Richterstuhl stellt. Im Jahre 1908 ist kein Versprechen verlangt und gegeben worden, das mit dem Standpunkt des Kaisers im Widerspruch stünde. Ich frage den Reichskanzler, ob es nicht die Begriffe verwirrt, wenn alle Tage unsere höchste Autorität verunglimpft wird. Beim Reichskanzler liegt die Verantwortung für diese Zustände. Er muß seine Pflicht tun. (Lärm links. Lebhaftes Bravo rechts.)

Abg. Dr. Vassermann (natl.) führt aus: Ein Widerspruch zwischen den Erklärungen des Fürsten Bülow und dem jetzigen Zustand besteht nicht. Die damalige Lage war von der heutigen grundverschieden. Damals herrschte eine hochgradige Erregung in allen Schichten der Bevölkerung, weil Vorgänge in Frage standen, die auf die auswärtige Politik unseres Landes Einfluß haben konnten. Heute handelt es sich um persönliche Anschauungen, die getragen sind von hohem Pflichtgefühl und christlichem Sinn, und durchweg auch von der Liebe zum deutschen Vaterlande. (Bravo.) Die Tonart der sozialdemokratischen Presse anlässlich der Kaiserrede ist sehr zu bedauern, ebenso die unehrerbietigen Äußerungen über den Kaiser. Nicht nur der Kaiser, jeder führende Geist soll sich hinwegsetzen über die Meinungen des Tages.

Wendek, 25. Nov. Nach Beendigung der Jagd nahm der Deutsche Kaiser im Schloß den See ein. Um 7 Uhr fand die Stredenlegung statt. Am Nachmittag wurde der Kaiser am jenseitigen Ufer der Brinika, unweit der Grenze, von dem dort stehenden russischen Grenzkommando, einem Kapitän und 30 Mann, begrüßt.

### Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrometeorologie vom 26. November 1910.

Die Luftdruckverteilung ist noch immer eine sehr unregelmäßige. Die gestern über dem Kanal gelegene Depression ist in das Binnenland hereingezogen und bedeckte am Morgen Süddeutschland, in weitem Umkreis Schneefälle verursachend. Weitere flache Depressionen befinden sich über Schottland und über dem südlichen Skandinavien. Hochdruckgebiete liegen im äußersten Südwesten und Nordosten; das letztere hat erheblich zugenommen. Die Morgentemperaturen lagen in fast ganz Deutschland noch unter dem Gefrierpunkt, doch hat der Frost erheblich nachgelassen. Da das Ortsbarometer rasch steigt, so scheint sich die über dem Binnenland liegende Depression zu entfernen. Die Wetterlage ist sehr unsicher, doch scheint unbedeutendes und etwas wärmeres Wetter, vorerst noch mit Niederschlägen, bevorzugen zu werden.

### Wetternachrichten aus dem Süden vom 26. November, früh:

Lugano bedeckt 1 Grad, Biarritz bedeckt 13 Grad, Coruna bedeckt 12 Grad, Perpignan heiter 12 Grad, Nizza wolfig 6 Grad, Triest Regen 5 Grad, Florenz bedeckt 5 Grad, Rom bedeckt 12 Grad, Cagliari wolfig 12 Grad, Brindisi bedeckt 9 Grad, Gorta (Nagorn) bedeckt 19 Grad.

### Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

November	Barom. mm	Therm. in C.	Windst. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Himmel
25. Nachts 9 <sup>U</sup>	742.6	-0.9	3.8	88	NE	Niegt
26. Morgs. 7 <sup>U</sup>	745.0	-0.8	4.2	97	WSW	Schneefall
26. Mittags 2 <sup>U</sup>	750.4	0.1	4.2	90	SW	„

Höchste Temperatur am 25. November: 0.7; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -1.0. Niederschlagsmenge, gemessen am 26. November, 7<sup>U</sup> früh: 8.8 mm.

Wasserstand des Rheins am 26. November, früh: Schufter i n j e t 2.05 m, gestiegen 31 cm; Kehl 2.65 m, gefallen 2 cm; Maxau 4.21 m, gefallen 10 cm; Mannheim 3.85 m, gefallen 13 cm.

Verantwortlich für die Redaktion:

Chefredakteur E. Ueberschär.

Druck und Verlag:

G. Braunsche Buchdruckerei in Karlsruhe.

### „Starke Zähndchen brachen durch“.

Duisburg, Sternbuschweg 124, 16. Dez. 1909. „Schon in früheren Jahren haben wir bei unserem Töchterchen Elfriede die ausgezeichnete Wirkung von Scotts Emulsion kennen gelernt. Deshalb entschlossen wir uns auch sofort, unserem Söhnchen Werner das gleiche Präparat eine Zeitlang zu geben, als das von Geburt an schwache Kind in die Zahnzeit kam. Die Wirkung, die man sofort bemerken konnte, ist tatsächlich staunenswert, denn der Kleine hat von Tag zu Tag mehr zugenommen, die schönsten roten Wädchen bekommen, und 6 starke Zähndchen brachen durch, ohne daß er damit zu tun hatte. Es ist dies ein großer Segen für die Mutter, welche dann auch ihre ruhigen Nächte hat.“ J. 283.2.1 (gez.) Herr u. Frau Salzbrinner.

Ein erstrebenswertes Ziel für Mutter und Kind sind ruhige Nächte in der Zahnzeit. Kinder, deren Körper die nötige Widerstandsfähigkeit besitzt, werden ohne Beschwerden darüber hinwegkommen, und denjenigen, bei welchen dies nicht zutrifft, muß durch ein Kräftigungsmittel nachgeholfen werden. Hierzu eignet sich Scotts Emulsion wie kein zweites Mittel. Ihre Bestandteile, Lebertran und Kalksalze, sind vortreffliche Nährwerte und hervorragend geeignet, dem jungen Organismus Widerstandsfähigkeit zu verleihen und ihn so zu kräftigen, daß er mühelos über die Zahnzeit hinwegkommt. Die Kinder nehmen Scotts Emulsion so gern, weil sie angenehm süß schmeckt.



Nur echt mit dieser Marke — dem Garantiezeichen des Scotts Emulsion.

Scotts Emulsion wird von uns ausschließlich im großen verkauft, und zwar in fast alle nach Berlin oder Prag, sondern nur in verpackten Originalpackungen in Kartons mit unserer Schutzmarke (Fischer mit dem Fisch). Scott & Bowne, W. u. S. Frankfurt a. M.

Bestandteile: Feinster Medizinal-Lebertran 150,0, präpariert 50,0, unter phosphoriger Luft 4,5, unterphosphorigsaures Natrium 2,0, wassertragend 3,0 feinstes arab. Gummi 2,0, bestill. Weizen 120,0, Milchsäure 11,0, hierzu aromatisches Emulsion mit Zimt, Mandel und Vanillinöl je 2 Tropfen.

en gros. Julius Strauß, Karlsruhe. en détail Bedeutendes Spezialgeschäft in Verkaufartikeln, aller Arten Beschäftigungen, Kassenerien, Spitzen, Knöpfen, Weißwaren, Handtüchern, Kravatten, Bäckern. Ständiger Eingang von Neuheiten.

## Todes - Anzeige.

Heute nacht verschied nach kurzem Krankheitslager unser lieber Gatte, Vater, Großvater, Bruder, Schwiegervater, Schwager und Onkel

# Herr Bernhard Schwörer

Grossh. Finanzrat a. D.

im 71. Lebensjahre.

Freiburg i. B. und Elzach den 25. Nov. 1910.  
Kaiserstrasse 7.

In tiefer Trauer:

Ida Schwörer, geb. Fromherz.  
Clara Schwörer.  
Dr. med. Rudolf Schwörer und  
Frau Hermine, geb. Seitz.  
Friedrich Schwörer.

Gelegentlich  
eines Besuches  
im  
**Residenz-  
Theater**  
Waldstraße 30  
wird es angenehm empfunden, daß  
unter  
jeder Sesselreihe Heizkörper  
angebracht sind, wodurch man warme  
Füße erhält. Pr. 527

Ziehung 30. November 1910.  
**Elsass-Lothringische  
Geld-Lotterie**  
d. Mülhauser Soldatenhelms.  
3337 Geldgewinne u. 1 Prämie zusammen  
Pr. 365.5.1

Mark	50000
Größt. Gewinn evtl.	25000
eine Prämie	15000
Hauptgewinn	10000
Hauptgewinn	5000

1 Los 1 M., Porto und Liste 20 Pf. extra,  
5 Lose einschl. Porto und Liste nur 5 M.,  
auch gegen Nachnahme, empfiehlt  
**Carl Heintze,**  
Strassburg Els., Goldschmidgasse  
und alle Loehandlungen.  
Carl Götz, Hebelstrasse 21 15;  
Gebrüder Göhringer, Kaiserstrasse 60,  
Karlsruhe.

# Ulster und Raglans

## Spiegel & Wels

Aparte  
**Winter-Neuheiten**  
in grösster Auswahl

**Neuheit**  
**Gas - Warmluft - Heizöfen**  
zum schnellen Erwärmen von Wohn- und Schlafzimmern, Büros, Badezimmern etc. und als Ergänzung der Zentralheizung im Früh- und Spätjahr. **An jede Gasleitung anzuschließen.**  
**Emil Schmidt & Cons.**  
Kaiserstrasse 209 Pr. 190.4.2 Ingenieur-Büro: Hebelstrasse 3

Karlsruhe - Grosser Festhallsaal.  
Montag, den 28. November 1910, abends 8 Uhr  
Einmaliger Vortrag in deutscher Sprache  
**Meine Südpolarreise** gehalten von  
**Sir Ernest Shackleton**  
mit Lichtbildern und kinematographischen Vorführungen nach Originalaufnahmen. Pr. 603.  
Karten: à Mk. 1.50, 2.-, 3.-, 4.- in der Hofmusikalienhandlung  
**Hugo Kuntz, Kaiserstr. 114, Telephon 1850 u. Abendkasse.**

# AUGUST SAUERWEIN

erstes und ältestes  
**Pelzwaren-Spezialgeschäft**  
KARLSRUHE i. B.  
Kaiserstraße 170 (zwischen Hauptpost und Kaiserdenkmal) **Telephon 1528**  
empfiehlt in großer Auswahl  
alle Neuheiten der Pelzmode von billiger bis zur feinsten Qualität  
große Auswahl in Pelz-Jacketts u. Pelz-Röcken für Herren  
Anfertigung von Pelz-Jacketts für Damen, sowie Pelz-Mäntel für Herren und Damen nach Maß in feinsten Ausführung. Pr. 114  
**Pelz - Vorlagen und -Decken**  
Anfertigung aller Sonderbestellungen. **Auswahlsendungen auch nach auswärts bereitwilligst.**

**Salò Riviera Gardasee**  
**Hotel Viktoria.** Ganz deutsches Haus. Prachtvolle Lage direkt am See. Zentralheizung. Café-Restaurant. Pension von 6 1/2 Lire an. Zimmer von 2 Lire an. Prospekte gratis. Pr. 161.6.2  
Zweiggeschäft: **Bad. Boll, Paul Bogner, Bad. Schwarzwald.**

## Spezial - Ausstellung

von  
**Künstler - Lebkuchen**  
(in über 100 Ausführungen)  
bei  
**L. Berthold Wwe.**  
Karl-Friedrichstr. 19, am Rondellplatz Pr. 601.

erhält jeder Abonnent auf Wunsch:  
**Gratis** unser **Kursbuch pro 1910/11** für Württemberg und Hohenzollern oder für Baden, sofort,  
unser **Kalender pro 1911** in Buchform, zirka 120 Seiten stark, anfangs Dezember,  
unser **Wand- und Notizkalender pro 1911**, in künstlerisch ausgeführten Schwarzwald-Motiven, Ende Dezember,  
unser **Verkehrskarte von Süddeutschland** in scharfer Lithographie mit genauer Angabe der Kilometer-Entfernungen, sofort,  
die **Nachlieferung** des am 23. September begonnenen Romans „Der rechte Fleck“ von E. v. Dornau, sofort,  
das **Unterhaltungsblatt** täglich,  
die **Gemeinnützigen Blätter** wöchentlich. **Abonnementspreis für den Monat Dezember**  
Zuletzt beglaubigte Auflage **38800**  
**67 Pfg.** frei ins Haus.  
**Schwarzwälder Bote.**  
**Oberndorf a. Neckar.** Pr. 565 Verbreitetste Tageszeitung Württembergs.

**Grabmalkunst**  
ständige Ausstellung fertiger Denkmale nach Entwürfen erster Künstler  
**Karl-Wilhelmstrasse 51**  
Auskunft: Rupp & Moeller  
Durlacher Allee 29.

**Verkauf von Maschinenlöschern.**  
Das Ergebnis an Maschinenlöschern (aus den Rauchkammern der Lokomotiven) im Bahnhof Offenburg, wöchentlich beiläufig 60 cbm, soll verkauft werden. Die Löschern eignen sich als Kohlenmischung für Ziegelbrennereien, Schmiedereien und Hausheizung, sowie als leichtes, trockenhaltenes Füllmaterial für Neubauten. Preisangebote pro cbm mit Angabe des wöchentl. oder monatl. Bedarfs, mit oder ohne beidseitiges Verladen, sind mit Aufschrift „Maschinenlöschern“ bis 15. Dezember d. J. anher einzureichen. Kleinere Mengen werden durch Bahnmeister II hier unter der Hand abgegeben. Pr. 563.2.1  
Offenburg, den 23. November 1910.  
Großh. Bauinspektion II. **8**

# Weihnachts-Ausstellung

Reichhaltige Artikel - Auswahl — Saison - Neuheiten — Alle Preislagen Pr. 332.3.1  
Fernsprecher Nr. 213 — **Karlsruhe** — Kaiserstrasse Nr. 104  
Grossherzoglicher Hoflieferant  
**FRIEDRICH BLOS**  
F. Wolff & Sohn's Détail